

Es gilt das gesprochene Wort

Rede zur Einbringung des Haushalts 2026 der Stadt Speyer

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, sehr geehrte Kolleginnen des Stadtvorstandes, sehr geehrte Mitarbeitende der Stadtverwaltung, liebe Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Speyer,

heute bringe ich den Entwurf des Haushalts 2026 für unser Speyer ein.
Und ich sage es gleich zu Beginn und zwar **offen** und **ohne** Umschweife:
Dieser Haushalt ist **kein** leichter.

Er ist ein Haushalt, der uns **zwingt**, hinzuschauen, **Verantwortung** zu übernehmen und unbequeme Wahrheiten auszusprechen.

Der Ergebnishaushalt weist derzeit ein **Defizit** von **rund 23 Millionen Euro** aus. Im Finanzhaushalt beläuft sich das **Minus** auf **18 Millionen Euro**, und wir müssen für Investitionen **13,6 Millionen Euro** an neuen Krediten aufnehmen. Das sind Zahlen, die uns alle **nicht** zufriedenstellen können – und die auch **mich** als Oberbürgermeisterin **nicht** ruhen lassen.

Zum Vergleich:

Im Haushaltsplan für 2025 lag das Defizit noch bei **5,9 Millionen Euro**.

In der Jahresrechnung wird es sich auf **über 10 Millionen Euro** erhöhen.

Das zeigt, wie **schnell** sich die Lage verschärfen kann, wenn Einnahmen **wegbrechen** und gleichzeitig **Verpflichtungen** weiterlaufen.





Lassen Sie uns zusammen schauen, warum wir an diesem Punkt stehen.

Wir reden hier nicht über Misswirtschaft oder falsche Prioritäten.

Wir reden über **strukturelle** Probleme, die viele Kommunen betreffen – aber auch uns hier in Speyer besonders hart.

An erster Stelle stehen die **Auftragsangelegenheiten** von Bund und Land:

Das sind Aufgaben, die wir übernehmen müssen. Etwa die Umsetzung des Unterhaltsvorschusses, des Wohngeldes, der Kosten der Unterkunft und der Integrationshilfen, Elterngeld, Bauaufsicht, Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe, Grundsicherung im Alter, Tierseuchen, Ausländerwesen, Personenstandswesen, Waffenrecht etc.

Alles **sinnvolle** und **notwendige** Leistungen, die Menschen in schwierigen Lebenslagen unterstützen.

Doch zur Wahrheit gehört auch: Die Kostenerstattung deckt die **tatsächlichen** Aufwendungen längst nicht mehr.

Allein im Jahr 2024 betrug der ungedeckte Aufwand in diesen Bereichen **26,9 Millionen Euro.** Davon entfielen allein **18,9 Millionen Euro** auf den Sozialbereich – also auf Aufgaben, die gesetzlich vorgeschrieben, aber nur **teilweise** refinanziert werden.

Das bedeutet: Wir erfüllen Pflichten, die uns übertragen wurden, aber wir zahlen sie aus **eigener** Tasche. Und das treibt unser Defizit Jahr für Jahr nach oben.





Dazu kam in diesem Jahr eine Entwicklung, die uns völlig **unvorbereitet** getroffen hat: Die **Schlüsselzuweisung B** des Landes, auf die wir rund **9 Millionen Euro** eingeplant hatten, fällt voraussichtlich **weg**.

Diese Hiobsbotschaft hat uns mitten in den laufenden Haushaltsberatungen erreicht und sie reißt eine **zusätzliche** Lücke in den Etat.

Und warum fällt sie weg? Weil unsere Wirtschaft in Speyer stabil ist.

Ja, weil wir eine Stadt mit starker Gewerbesteuerkraft sind.

Das ist auf der einen Seite ein **gutes** Zeichen, doch auf der anderen Seite bedeutet es, dass wir vom **rheinland-pfälzischen Finanzausgleich nicht** mehr profitieren.

Wir werden sozusagen für unsere wirtschaftliche Stärke "bestraft".

Unsere Einnahmen im Bereich Steuern und Abgaben steigen laut Steuerschätzung des Landes leicht. So kalkulieren wir bei der **Gewerbesteuer** mit rund **65 Millionen Euro**, ähnlich wie im Vorjahr. Beim **Gemeindeanteil** an der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer können wir etwas **mehr** einplanen.

Aber diese Mehreinnahmen decken nicht **annähernd** das ab, was uns durch den Wegfall der Landesmittel fehlt.

Das ist die paradoxe Realität, in der wir uns bewegen: Eine Stadt mit wachsender Wirtschaftskraft steht finanziell schlechter da als im Jahr zuvor.

Es ist vorstellbar, dass mancher sich fragt, ob man das Defizit nicht einfach "schöner rechnen" könnte. Aber das ist nicht unser Weg. Wir stehen für Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit.





Wir sagen, wie es ist. Und wir verschweigen nicht, was uns Kopfzerbrechen bereitet.

Ein weiterer wesentlicher Faktor sind die Personalkosten.

Ja, sie sind gestiegen – und ja, wir **stehen** zu den Tariferhöhungen.

Unsere Mitarbeitenden verdienen gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung. Wir stehen im Wettbewerb mit Verwaltungen in Baden-Württemberg, bei denene die Einkommen in der Regel etwas höher liegen. Und dieser Wettbewerb ist real. Wer qualifizierte Fachkräfte halten und überhaupt erstmal gewinnen will, muss attraktive Arbeitsplätze bieten. Für 2026 brauchen wir knapp 20 neue Stellen – und damit immerhin weniger als ursprünglich beantragt, aber notwendig, um unsere gesetzlichen Aufgaben erfüllen zu können. Wir wollen keine Überhänge schaffen, aber wir müssen handlungsfähig bleiben.

Aber klar ist auch: Diese Tariferhöhungen bringen uns finanziell an Grenzen.

Wir wissen, dass die Stadtverwaltung in der öffentlichen Wahrnehmung oft als "zu groß" gilt. Doch wer genau hinschaut, sieht: Die Arbeitsbelastung wächst, die Aufgaben werden komplexer, die Anforderungen vielfältiger.

Von Digitalisierung bis Krisenbewältigung – wir sind als Verwaltung Dienstleisterin, Krisenmanagerin, Vermittlerin und Ansprechpartnerin in einem.

Deshalb möchte ich hier eins deutlich sagen: Die Menschen, die in unserer Stadtverwaltung arbeiten, leisten Großartiges. Und das mit Engagement, Professionalität und oft unter enormem Druck.





Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich an **alle** Mitarbeitenden der Stadtverwaltung richten: **Danke** für Euren Einsatz, Eure Geduld und Euren Beitrag zur Funktionsfähigkeit unserer Stadt.

Besonders hervorheben möchte ich auch unsere Projektgruppe "Azubigewinnung". Sie besteht aus neun Mitarbeitenden, die zusätzlich zu ihren eigentlichen Arbeitsaufgaben noch auf Messen, in Schulen und bei Veranstaltungen zeigen, was es heißt, im öffentlichen Dienst zu arbeiten und wie vielfältig, verantwortungsvoll sowie zukunftssicher dieser Beruf ist.

Ihr Engagement hat dazu geführt, dass wir im Sommer wieder **acht** junge großartige Menschen begrüßen durften, die ihre Ausbildung in der Stadtverwaltung begonnen haben. Sie durchlaufen verschiedene Abteilungen, bringen frischen Wind und neue Perspektiven ein – auch in meinem eigenen Büro. Diese Auszubildenden sind der beste Beweis dafür, dass der öffentliche Dienst Zukunft hat, wenn wir ihn **aktiv** und **attraktiv** gestalten.

Doch lassen Sie uns wieder einen Blick auf das Hier und Jetzt und somit auf unseren Haushalt werfen. Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Kostenfaktor ist der öffentliche Personennahverkehr.

Wir alle wissen: Mobilität ist Daseinsvorsorge.

Aber: Der ÖPNV in Speyer ist teuer.

Objektiv betrachtet würden wir ihn heute wohl **nicht mehr** in dieser Form aufstellen, wie wir hier im Stadtrat 2019 **gemeinsam** beschlossen haben.

Als Stadtverwaltung hören wir die Beschwerden aus der Bürgerschaft, die Kritik nehmen wir ernst und wir prüfen, wo Verbesserungen möglich sind.





Es wurden bereits Anpassungen vorgenommen und – es handelt sich um einen dynamischen Prozess – weitere **werden** folgen **müssen**.

Doch die vertraglichen Bindungen lassen uns hier nur begrenzte Spielräume bei den Taktanpassungen.

Könnten wir es uns aussuchen, wir würden unseren ÖPNV selbst betreiben und wären damit mit aller Wahrscheinlichkeit flexibler, effizienter und vor allem: bürgernäher. Doch noch sind wir an Verträge gebunden, die andere Rahmenbedingungen setzen. Wir werden sehen, welche Richtung wir hier noch gemeinsam einschlagen.

Alle diese Faktoren zusammengenommen – **Auftragsarbeiten**, **Personalkosten**, **ÖPNV** – ergeben ein Bild, das uns ehrlich ins Auge sehen lässt:

Das Defizit ist **nicht** das Ergebnis falscher Politik, sondern das Resultat **richtiger** Verantwortung unter schwierigen Rahmenbedingungen.

Und diese Verantwortung tragen wir **gemeinsam** als **Verwaltung**, als **Stadtrat** und als Bürgerinnen und Bürger Speyers.

Und lassen Sie mich an dieser Stelle eines ganz deutlich sagen:

Von Seiten der Stadtverwaltung Speyer werden wir keine **neuen Steuererhöhungen** vorschlagen.

Die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt tragen bereits viele Lasten.

Im vergangenen Jahr mussten wir – nach intensiven Gesprächen mit der ADD – die **Hebesätze** bei der Grundsteuer anpassen, um die Genehmigung unseres Haushalts zu erhalten.

Sie alle im Stadtrat wissen: Das war **keine** leichte Entscheidung, die sie mit uns gemeinsam treffen mussten. Und sie hat viele Menschen **spürbar** betroffen.





Auf was wir mit Spannung blicken, ist das **Sondervermögen**.

Es ist echtes Geld – und es ist ein Instrument, das **Chancen** bietet.

Wir haben in der Verwaltung eine Liste konkreter **Bedarfe** erarbeitet, wie wir diese Mittel **sinnvoll** einsetzen könnten: für **Investitionen**, für den Erhalt unserer **Infrastruktur**, für Maßnahmen, die unsere Stadt **zukunftsfähig** machen. Insbedonsere in unseren Schulen. Aktuell haben wir dafür **3,6 Millionen im investiven** Bereich eingeplant. Doch im Moment fehlt uns eines: **Klarheit** über die Spielräume.

Dürfen diese Mittel nur ausschließlich für Investitionen verwendet werden, oder können wir sie auch für die Unterhaltung von Straßen, Gebäuden oder Brücken nutzen? Diese Frage ist bislang nicht abschließend beantwortet.

Solange das **Landesfinanzministerium** keine **eindeutige** Regelung trifft, bleibt vieles in der Schwebe. Und das lähmt. Denn nichts bremst eine Kommune so sehr wie Planung **ohne** Sicherheit. Wir wissen, **wo** das Geld gebraucht wird. Aber wir dürfen es nicht immer **dort** einsetzen, wo der Bedarf am größten ist.

Ein Beispiel dafür sind **Fördertöpfe**. Wir alle wissen: Fördermittel sind Steuermittel. Das heißt, sie stammen von uns **allen** – von den Bürgerinnen und Bürgern, von den Unternehmen, von den Mitarbeitenden der Stadt selbst, von Ihnen hier im Stadtrat.

Diese Mittel verlangen Sorgfalt, Transparenz und Verantwortung.

Aber es wäre effizienter – und auf lange Sicht **kostensparender** –, wenn Kommunen **mehr** Entscheidungsspielräume hätten, Mittel gezielt dort einzusetzen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.





Das wäre **echte kommunale Eigenverantwortung** und damit auch ein Gewinn an Effizienz und Vertrauen.

Dennoch müssen wir uns weiterhin bei **allen** anstehenden Vorhaben, auf entsprechende Fördertöpfe bewerben, um Projekte umsetzen, die wir uns **sonst nicht** leisten könnten.

Sehr geehrte Damen und Herren, ganz offen: Die **internen** Haushaltsverhandlungen in diesem Jahr waren **härter**, **kompromissloser** und **ehrlicher** als je zuvor.

Ursprünglich lagen die gemeldeten Bedarfe der Fachbereiche bei einem **Minus** von 36 Millionen Euro.

Wir haben **jeden** einzelnen Posten geprüft – bis hin zu **internen** Druckkosten von 50 Euro. Am Ende sind **23 Millionen** Euro übriggeblieben.

Wir haben Aufgaben **gestrichen**, **Prioritäten** neu gesetzt, und jede Streichung **schmerzt**. Denn Stadtverwaltung bedeutet nicht **nur** "verwalten". Stadtverwaltung heißt gestalten. Und wer gestaltet, **spürt**, wenn etwas wegfällt.

Jede Kürzung trifft Menschen – Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung, aber auch Bürgerinnen und Bürger, die **hinter** einem Angebot, einer Veranstaltung oder einer Förderung stehen.

Wenn wir Mittel für Fortbildungen streichen, wenn wir auf den Druck eines Programmheftes verzichten **müssen** oder eine Broschüre nicht mehr veröffentlichen können, dann ist das **kein** rein betriebswirtschaftlicher Vorgang. Es ist eine **Entscheidung**, die das **tägliche** Arbeiten und Erleben unserer Stadt **verändert**.





Wir dürfen dabei nämlich auch **nicht** vergessen, was **solche** Einschnitte mit den Menschen machen. Viele Kolleginnen und Kollegen müssen den Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass eine gewünschte Maßnahme oder ein Projekt nicht umgesetzt werden kann – nicht, weil der Wille fehlt, sondern weil die **Mittel** fehlen.

Das erhöht die Frustration auf **beiden** Seiten. Die Bürgerinnen und Bürger haben berechtigte Erwartungen, und die Mitarbeitenden möchten **gute** Arbeit leisten. Beide Seiten verdienen Respekt und Verständnis.

Mir ist bewusst, dass viele Mitarbeitende sich in diesen Zeiten fragen, wie viel Wert ihre Arbeit noch hat. Deshalb möchte ich hier auch nochmal öffentlich betonen: Sie hat großen Wert.

Jede und jeder, der in dieser Verwaltung tätig ist, trägt dazu bei, dass Speyer **funktioniert**. Und gerade in Zeiten knapper Kassen zeigt sich, wie viel Engagement, Kreativität und Verantwortungsbewusstsein in dieser Stadtverwaltung steckt.

Daher möchte ich an dieser Stelle ein Beispiel nennen, das zeigt, wie viel **Eigeninitiative** und **Herzblut** unser Team hat. Eine Idee, die direkt aus unseren Kitas selbst kam, ist die "**Lange Nacht der Kitas**", bei der unsere Kindertagesstätten am Abend geöffnet waren, damit Interessierte sich über den Beruf der Erzieherin und des Erziehers informieren konnten.

Der Kreis um die Kita-Leitungen hat das Konzept entwickelt, umgesetzt und wertvolle Gespräche mit Besucherinnen und Besuchern geführt. Solche Initiativen zeigen, was möglich ist, wenn Engagement und Gestaltungswille aufeinandertreffen. Und wir spüren auch einen deutlichen Effekt, denn die





Bewerbungslage hat seitdem wesentlich zugenommen. Dafür sage ich von Herzen: Danke.

Etwas, das wir uns laut Haushalt sozusagen **freiwillig "gönnen"**, ist unsere Kulturlandschaft.

Doch Kultur ist **kein** Luxus. Kultur ist das, was uns **zusammenhält**. Kultur ist **Begegnung**, **Ausdruck**, **Identität** – und damit Teil unseres kommunalen Auftrags. In Zeiten, in denen vieles sich spaltet, schafft Kultur das, was manchmal fehlt: nämlich **Verbindung**.

In Speyer lebt dieser Auftrag auf vielfältige Weise. Ob bei den SchUM-Kulturtagen, die nicht nur Erinnerung an unsere jüdische Geschichte sind, sondern Ausdruck eines **lebendigen** jüdischen Lebens in unserer Stadt – oder bei der jährlichen Kult(o)urnacht, wenn Museen, Kirchen, Galerien und Bühnen gemeinsam zeigen, wie **bunt**, offen und lebendig Speyers Kulturszene ist.

Alle Kultureinrichtungen unserer Stadt tragen wesentlich dazu bei, dass Kunst und Kultur hier für **alle** Generationen erlebbar bleibt. Das **Purrmann-Haus** mit seinen wechselnden Sonderausstellungen, das **Museum SchPIRA** mit seinem einzigartigen Blick in unsere jüdische Geschichte, das Kinder- und Jugendtheater, das junge Menschen begeistert und ihnen Räume für Kreativität und Ausdruck eröffnet – sie alle stehen **stellvertretend** für ein kulturelles Netzwerk, das weit hinauswirkt.

Diese Einrichtungen sind nicht nur Orte der **Bildung** und **Begegnung**, sie sind auch ein Aushängeschild für unsere Stadt. Sie machen Speyer attraktiv – für





unsere Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für **die vielen Gäste**, die jedes Jahr zu uns kommen, weil sie wissen: Hier wird Kultur gelebt. Deshalb werden wir auch zu dieser **freiwilligen Leistung** weiter stehen. Mit Bedacht, mit Augenmaß, aber mit **Überzeugung**.

Und gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten gilt: Kultur ist keine freiwillige Zugabe, sondern unsere gemeinsame **Investition** in Zusammenhalt, Lebensqualität und Zukunft.

Und auch Feste und Messen gehören zu dieser kulturellen DNA.

Sie bringen Menschen über Generationen, über Stadtteile, über Herkunft hinweg zusammen.

An dieser Stelle möchte ich mal die Kolleginnen und Kollegen des Baubetriebshofs, die unermüdlich im Einsatz sind noch einmal besonders hervorheben. Ob bei Hochwasser, bei der Parkplatzmarkierung, beim Streuen im Winter, beim Hissen der Fahnen auf der Maximilianstraße oder beim Aufund Abbau unserer Feste: Auch sie sind immer da.

In diesem Jahr haben sie es **gemeinsam** mit dem Team der **Wirtschaftsförderung** geschafft, dass der vom Verkehrsverein bereits abgesagte Brezelfest-Umzug immerhin als **Brezelfest-Parade** stattfinden konnte. Dafür danke ich **allen** beteiligten **Abteilungen** und **Mitarbeitenden** sehr!

Und während Wirtschaftsförderung und Baubetriebshof gerade draußen auf der Maximilianstraße den Weihnachtsmarkt aufbauen, zeigt sich einmal mehr, wie **lebendig** unsere **Innenstadt** ist. Und nicht nur zu **besonderen** Anlässen, sondern das ganze Jahr über.





Zwischen **Dom** und **Altpörtel**, zwischen historischen **Judenhof** mit seiner einzigartigen Mikwe und der **Dreifaltigkeitskirche** treffen sich Einheimische und Gäste, schlendern über die **Maximilianstraße**, genießen Cafés und Geschäfte und **erleben**, wie unsere Innenstadt Herz und Bühne des städtischen Lebens zugleich ist. Dies zu **erhalten** und zu **forcieren**, ist **unsere** Aufgabe.

Speyer ist aber **mehr** als die Maximilianstraße.

Unsere Stadt lebt von ihren **Quartieren** und von den Menschen, die sich einbringen, von **Nachbarschaften**, die sich gegenseitig stützen, von Orten, die **Begegnung** ermöglichen.

Deshalb freue ich mich besonders über die Entwicklungen im **Feuerbachpark** und im **Melchior-Heß-Park.** Beide werden derzeit weiterentwickelt, um uns weiterhin als **grüne Oasen** mitten in den Stadtteilen zu dienen.

Was mich dabei **besonders** freut: Die **Kinder** aus den Quartieren haben sich **aktiv** beteiligt. Sie haben für die Spielplätze **klar** gesagt, was **ihnen** wichtig ist. Und wir haben Ihnen zugehört. Herausgekommen sind **Wasserspielmöglichkeiten**, **barrierefreie** Geräte, **Platz** zum Toben und zum **Kindsein**.

Aber sie haben ebenso deutlich gemacht, was sie **nicht** wollen: **Glasscherben**, **Hundekot** und **Zigarettenstummel**. Denn Spielplätze sind Orte, an denen Kinder ihre Abenteuer erleben und nicht den Hinterlassenschaften rücksichtloser Erwachsener begegnen möchten.

Was die Kinder von **Speyer-Süd** bei der Spielplatz-Beteiligung geleistet haben, war **klare, transparente und deutliche** Kommunikation. Und damit genau das, wie wir sie uns auch in der Politik wünschen.





Aber nicht **nur** die Kinder unserer Stadt benötigen unser Gehör in dem **was** sie sagen. Auch unsere Jugend braucht Räume. Das meine ich in diesem Fall nicht nur **symbolisch**, sondern auch ganz konkret.

Räume, in denen sie sich entfalten, ausprobieren, entwickeln und erleben können, dass **sie Teil** dieser Stadt sind.

Deshalb entstehen in den kommenden Monaten **zwei neue** Jugendcafés – zuerst in Speyer-Nord, danach in Speyer-Süd.

Sie sind das Ergebnis intensiver Planungen, Gespräche und des großartigen Engagements unserer **Jugendförderung** und unserer **Hochbauabteilung**.

Gemeinsam schaffen wir **Begegnungsorte**, an denen junge Menschen lernen, **Verantwortung** zu übernehmen, **zuzuhören**, zu **gestalten**. Und genau das **brauchen** wir in einer lebendigen Stadtgesellschaft.

Eine weitere wichtige tragende Rolle unserer Stadtgesellschaft sind unsere Seniorinnen und Senioren. Sie haben Speyer über Jahrzehnte mitgestaltet, aufgebaut und geprägt – mit Engagement, Erfahrung und Verantwortungsbewusstsein. Diese Lebensleistung verdient nicht nur Dank, sondern auch konkrete Unterstützung.

Der demografische Wandel stellt uns dabei vor **neue** Herausforderungen: Wir werden älter – als Gesellschaft und als Stadt. Darauf reagieren wir mit einem Netz an Angeboten, das **Teilhabe**, **Selbstständigkeit** und **Lebensqualität** im Alter sichert. Dazu gehören die beiden **Gemeindeschwesternplus**, die mit offenen Ohren und offenem Herzen in den Quartieren unterwegs sind und dort Menschen erreichen, die Unterstützung oder einfach ein gutes Gespräch





brauchen. Sei es bei Hausbesuchen oder an der Plauderbank, die zu spontanen Begegnungen und Gesprächen einlädt.

Wichtige Knotenpunkte dieses Engagements sind das **Seniorenbüro** als zentrale Anlaufstelle für Beratung und Unterstützung sowie der **Seniorenbeirat**, der die Interessen älterer Menschen in unserer Stadt aktiv in die kommunalpolitische Arbeit einbringt. Und nicht zuletzt: unsere Zeitschrift "**Aktiv dabei"**, **von** Seniorinnen und Senioren **für** Seniorinnen und Senioren gemacht – ein Stück gelebte Teilhabe, das zeigt, wie vielfältig und lebendig das Älterwerden in Speyer ist.

Auch hier gilt: Wir investieren weiterhin in Lebensqualität – in ein gutes Leben im Alter, in Würde, Sicherheit und Teilhabe.

Für sie alle werden wir unsere Ansätze zu einer **inklusiven Stadt** vorantreiben. Wir **müssen** unsere Konzepte immer von den **Schwächsten** unserer Gesellschaft planen, damit **alle** profitieren. **Klimaanpassungen** sowie **Barrierefreiheiten** spielen dabei eine **zentrale** Rolle.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Wahrheit gehört leider auch: Die **weltpolitische** Lage hat sich in den vergangenen Jahren **spürbar** verändert. Wir leben nicht mehr in dem Frieden, wie wir ihn lange Zeit kannten. Mit dem Ende des **Kalten Krieges** begann eine Phase, in der viele glaubten, dauerhafte Sicherheit sei selbstverständlich. Und Kriege, Krisen und Katastrophen schienen **weit** entfernt.

Seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland wurde deutlich, dass diese Gewissheit trügerisch war. Heute wissen wir, wie wichtig Sicherheit und Zivilschutz tatsächlich sind – und wie groß der Nachholbedarf, der sich über Jahre aufgebaut hat.





Dieser Verantwortung stellen wir uns **entschlossen**. Wir schaffen **zwei neue Stellen**, um **den Zivil- und Bevölkerungsschutz** in unserer Stadt nachhaltig zu stärken. Damit bauen wir Fachwissen und Strukturen auf, die im Krisenfall handlungsfähig machen und verlässliche Koordination gewährleisten.

Zugleich wollen wir die **Selbsthilfefähigkeit** der Bürgerinnen und Bürger weiter fördern. Dazu werden wir verstärkt Informationen und Aufklärung zur individuellen Vorsorge und Eigenhilfe bereitstellen. Verständlich, praxisnah und für alle zugänglich. Denn ein moderner Bevölkerungsschutz lebt vom **Zusammenspiel**: von **professionellen** Strukturen und einer **informierten**, **mitdenkenden** Stadtgesellschaft.

Zivilschutz ist keine Aufgabe "für den Ernstfall" – er ist eine **Daueraufgabe**. Eine, die Sicherheit, Vertrauen und Handlungsfähigkeit schafft für unsere Stadt, für unsere Gemeinschaft und für **jede** und **jeden** Einzelnen.

In den vergangenen Monaten haben wir auch über unseren **Umgang** miteinander gesprochen – im **Stadtrat**, in **Ausschüssen**, in der **Öffentlichkeit**. Lassen Sie mich das klar sagen: Demokratie **lebt** vom Streit, aber sie **stirbt** am Ton.

Wir müssen nicht immer einer Meinung sein – im **Gegenteil. Nur** im Diskurs, in der **Vielfalt** der Meinungen, entsteht Fortschritt. Aber entscheidend ist, **wie** wir miteinander umgehen.

Kritik am Stadtvorstand, an mir als Oberbürgermeisterin, ist legitim.





Aber persönliche Angriffe, Beleidigungen oder Diffamierungen – sei es gegenüber Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, gegen den Stadtvorstand oder gegen Stadträtinnen und Stadträte anderer Fraktionen – sind es nicht.

Jeder einzelne Mensch verdient es, mit Respekt behandelt zu werden – unabhängig von Funktion, Meinung, Herkunft, Religionszugehörigkeit,

sexueller Orientierung oder Hautfarbe.

Unser Verhalten hier im Stadtrat, in der Verwaltung, in der Öffentlichkeit, hat

Vorbildfunktion. Wir gestalten hier nicht nur **Entscheidungen** – wir gestalten auch das **Klima**, in dem Menschen in Speyer miteinander leben.

Auch die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung verdienen Wertschätzung. Sie spiegeln ebenso die Vielfalt unserer Gesellschaft wider. Im Guten, wie im Schlechten. Und selbstverständlich gibt es auch Einzelne, die Fehler machen, sich unklar ausdrücken oder sich unfreundlich verhalten. Solche Situationen sind ärgerlich und können dazu führen, dass Bürgerinnen und Bürger sich schlecht behandelt fühlen. Konstruktive Kritik ist hier völlig legitim und notwendig.

Was jedoch nicht akzeptabel ist, sind Diffamierungen, Beleidigungen oder Angriffe. Wie der Vorfall in der vergangenen Nacht auf das Bürgerbüro mit – wie sich mittlerweile herausstellte – Löschpulver zeigt. Dass Kolleginnen und Kollegen Angst an ihrem Arbeitsplatz haben müssen, weil sie Übergriffe befürchten, ist nicht hinnehmbar. Ebenso wenig ist es akzeptabel, dass Beleidigungen im Arbeitsalltag der Stadtverwaltung mittlerweile als "Normalität" angesehen werden.





Das Bürgerbüro war heute wegen des Vorfalls geschlossen. Glücklicherweise geht es den betroffenen Mitarbeiterinnen den Umständen entsprechend gut. Polizei- und Feuerwehreinsatz kosten jedoch wieder Steuergelder. Der Sachschaden der durch das Pulver an technischen Geräten entstanden ist, wird derzeit noch ermittelt. Und wer heute etwas auf dem Bürgerbüro erledigen wollte, konnte dies leider nicht tun.

Das Handeln unserer Stadt, sowohl von Seiten der Verwaltung, als auch von Seiten des Stadtrates, sollte von einem **Klima des Respekts**, der Offenheit und Fairness geprägt sein. **Eigentlich** eine Selbstverständlichkeit im Jahr 2025.

Doch die Entwicklungen der vergangenen Monate, nicht nur hier in Speyer, zeigen, dass es **notwendig** ist, dies noch einmal in aller Deutlichkeit zu wiederholen.

Alle gewählten Vertreterinnen und Vertreter sollen dem **Gemeinwohl** dienen und die **demokratischen Strukturen** respektieren.

Zum Schluss möchte ich auf eine Diskussion eingehen, die weit über Speyer hinausreicht – und die dennoch mitten in unsere Stadt hineinwirkt: die Debatte um das sogenannte "**Stadtbild**". Ich habe mich öffentlich zu den Worten des Bundeskanzlers geäußert, weil ich überzeugt bin:

Jede Stadt hat Herausforderungen. Aber diese pauschal einer bestimmten **Bevölkerungsgruppe** zuzuschreiben und sie **damit** zum Problem zu erklären, ist nicht nur unfair – es ist irreführend.

Fakt ist: Täter heißen nicht nur "Achmet". Sie heißen auch "Detlef". Wer suggeriert, Frauen müssten sich **ausschließlich** vor Männern mit Migrationshintergrund fürchten, **verkennt** die Realität und verharmlost die





keine Herkunft, keine Religion, keine Nationalität. Die Statistiken der Frauenhäuser sprechen eine klare Sprache: Auch nichtmigrantische Frauen erleben Gewalt – und zwar häufig durch nichtmigrantische Männer.

Solche Aussagen lenken ab. Sie verschieben den Fokus weg von den tatsächlichen Herausforderungen, mit denen Kommunen wie unsere tagtäglich konfrontiert sind: fehlende Schutzräume, überlastete Beratungsstellen, zu wenig Prävention und zu wenig Täterarbeit.

Ich habe den Bundeskanzler eingeladen, sich selbst ein Bild von unserem Stadtbild zu machen – bei einer unserer Einbürgerungsfeiern. Er hat bislang nicht geantwortet, aber die Einladung steht.

Denn Speyer ist eine Stadt, die zeigt, dass Vielfalt und Zusammenhalt **keine** Gegensätze sind.

Unsere Stadt ist offen, lebendig und solidarisch – von Speyer-Nord bis Speyer-Süd, von der Innenstadt bis in die Quartiere.

Das **Familienzentrum Süd**, die **Stadtteilbüros**, die Ehrenamtlichen in den Vereinen und Initiativen: Sie alle machen Speyer zu einer Stadt, in der man nicht nur wohnt, sondern lebt, in der wir uns umeinander kümmern.

Denn wir **negieren** keine Probleme und **vor allem** instrumentalisieren wir sie nicht.

Sehr geehrte Damen und Herren,





ein Haushalt ist **kein** Zahlenwerk auf Papier. Er ist ein Spiegel unserer **Prioritäten**, unserer **Werte** und unserer **Haltung**.

Wir haben in diesem Jahr vieles auf den Prüfstand gestellt – **ehrlich, gründlich, gemeinsam.** Wir haben gestrichen, abgewogen, erklärt, verteidigt.

Aber wir haben uns **nicht versteckt**.

Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit – das sind keine bloßen Schlagworte. Das sind die Maßstäbe, an denen wir uns messen lassen wollen. Wir werden weiter gestalten, und zwar mit Verantwortung und Respekt. Wir werden zuhören, erklären, und wo nötig, auch widersprechen. Aber immer mit dem Ziel, diese Stadt voranzubringen – gemeinsam mit Ihnen, liebe Stadträtinnen und Stadträte, und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt.

Ich danke **allen** Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für ihren Einsatz und ihr Rückgrat. **Viele** konnte ich heute in der Kürze der Zeit nicht nennen. Doch seid versichert: **Euer Einsatz wird gesehen.**

Ich danke den **Auszubildenden** für ihre Begeisterung und ihren Mut **neue** Wege vorzuschlagen und diese auch zu bestreiten.

Ich danke den **Ehrenamtlichen** für ihr unermüdliches Engagement, ohne den vieles in unserer Stadt nicht möglich wäre.

Ich danke unseren Stadtkämmerer **Tobias Schmitt**, der sich wahrscheinlich für seinen ersten Haushalt ein freundlicheres Ergebnis gewünscht hätte, und seinem großartigen Team.





Und ich danke Ihnen, den Mitgliedern des **Stadtrats**, für die Bereitschaft, **Verantwortung** zu tragen und **appelliere** an Sie, bei Ihren Entscheidungen stets das **große Ganze** – unsere Stadtgesellschaft – im Blick zu haben.

Speyer ist eine starke Stadt. Wir sollten nicht zulassen, dass sie schlechtgeredet wird. Wir werden dieses Defizit bewältigen und zwar mit Haltung und mit der Überzeugung, dass wir nur dann glaubwürdig bleiben, wenn wir ehrlich bleiben.

Vielen Dank.

